St. Peters Bote

Herausgegeben von den Benediktinern der St. Peters-Abtei zu Münster, Saskatchewan, Canada.

Preis für Canada $2.00 das Jahr; für die Ver. Staaten und das Ausland $2.50. Das Abonnement ist vorauszubezahlen.

Wegen Anzeigenpreisen wende man sich an die Redaktion.

Anzeigen, Korrespondenzen usw. sollen spätestens am Montag eintreffen. Adresse: St. Peters Bote, Münster, Sask., Canada.

Welt-Rundschau.

(Fortsetzung von Seite 1.)

[illegible] mit dem Kautschuk gehalten zu werden.

Die größte Angst der Russland hat Rumänien wegen Bessarabien, das die Alliierten (und den Krieg) dem treulos gewordenen Bundesgenossen Russland abgenommen, und dem später es sich eingetrieben. [illegible] Rumänien, das es selbst, sowie Polen und Tschechoslowakei [illegible] Kautschuk aus den Tropenländern werden sollten. Auf Anfrage Briands wurde jedoch nur das Verlangte geliefert, sondern die Ausfuhr wurde gut alle [illegible] Russland [illegible] Kautschuk [illegible] Russland bedroht ist; denn Russland bedeutet heute eine Bedrohung der ganzen Welt. So wird die Ausnahme mehr und mehr ausgedehnt werden müssen, bis man vergessen hat, daß im Jahre 1925 in Genf eine internationale Konferenz zur Kontrollierung des Waffenhandels stattfand.

Trotz mancher hitzigen Wortgefechte ist die Konferenz im ganzen recht friedvoll verlaufen. Die einzige wirkliche Mißstimmung trat am 15. Juni ein. Die Konferenz hatte beschlossen, [illegible] höchst wahrscheinlich auf Betreiben Englands, daß persische Schiffe im persischen Meerbusen durchsucht werden dürften, wenn sie im Verdacht verbotenen Waffenhandels stünden. Aller Protest des persischen Vertreters half nichts; es handelt sich ja um eine drittklassige Macht. Somit schied Persien aus der Konferenz aus.

Nehmt man alles zusammen, was man aus der Konferenz erfahren hat und aus anderen Quellen weiß, so drängt sich einem die Ansicht auf, daß auch diese Konferenz, gleich einigen ihrer Vorgänger, kaum die Zeit und das viele Geld wert sei, das sie gekostet hat. Was helfen alle, auch die besten Beschlüsse, wenn sie niemand einhalten kann? Und wer sollte diese in Genf hoch fabrizierten Beschlüsse einhalten? Es sind keine wirkliche Autorität und keine Macht, vor allem keine unparteiische Macht dahinter.

Aber diese Beschlüsse sollen doch, wenn eine genügende Anzahl von Nationen sie ratifiziert, in das internationale Völkerrecht übergehen? Der letzte Krieg hat gezeigt, was ein solches Recht, besonders sobald es sich um Kriegführung bezieht, im Kriege selbst wert ist. Es ist weniger wert als der Fetzen Papier, auf dem es geschrieben ist, keine kriegführende Nation, welche die Uebertretung desselben als seinen Vorteil erachtet und die Macht hat, es zu brechen, wird sich daran kehren. So war es in der Vergangenheit, so wird es in der Zukunft sein, trotz aller Genfer Konferenzen.

Kleinere Nachrichten.

Es hatte über ein halbes Jahr gedauert, bevor die Alliierten Deutschland den Bericht der Militärkommission betreffs Entwaffnung mitteilten. Unterdessen hatten sie den geheimen Bericht als Vorwand benutzt, um die durch Vertrag auf den 10. Januar 1925 festgesetzte Räumung Kölns mit einigem Anschein von Berechtigung zu verzögern. Endlich erhielt Deutschland am 1. Juni das Schriftstück ausgehändigt, das die Liste seiner „Verfehlungen" enthält.

Von dem eigentlichen Inhalte dieses Berichtes hat man bis jetzt, obwohl bereits drei Wochen seitdem verstrichen sind, praktisch nichts erfahren. Alle Anzeichen deuten jedoch darauf hin, daß die in dem Schriftstücke enthaltenen Forderungen der Alliierten einen geradezu lähmenden Eindruck auf Deutschland gemacht haben. Die beste Idee über dessen Inhalt dürfte man wohl aus dem Interview entnehmen können, den der als ruhiger Geschäftsmann bekannte Präsident der deutschen Reichsbank Hjalmar Schacht darüber gegeben hat. Darin stellt er fest, daß die politischen Maßnahmen der Alliierten, wie sie in der Entwaffnungsnote enthüllt werden, abermals die gesamte ökonomische Struktur Deutschlands zu zertrümmern und den Dawes-Plan zu vernichten drohen. Er hebt hervor, daß, wenn die Alliierten ihre Maßnahmen nicht ändern, es eine „Katastrophe" geben wird, die selbst die ganze Welt erschüttern dürfte. Als Präsident der Reichsbank sagte er nur, was er aus eigener Anschauung wußte, als er behauptete: „Wir sind in einer zehnmal schwierigeren ökonomischen Position, als die alliierten und assoziierten Mächte glauben." Wenn er gesagt hätte, daß diese Mächte zu glauben vorgeben", wäre es jedenfalls noch richtiger gewesen. Dann fuhr er fort: „Das Geschäft kann eine solche politische Prozedur, fünf Monate lang zu warten, was nächstens kommen möge, nicht ertragen, wie sie durch die Haltung der Alliierten bezüglich der Räumung von Köln notwendig wurde, wenn einem dann gesagt wird, **daß irgend eine Mechanikerbank in Pommern nicht den Bestimmungen entspricht.** Es ist unmöglich, einen guten Produktionsapparat in gute Arbeitsverfassung zu bringen unter fortgesetzter militärischer Okkupation, wie dies im Ruhrgebiete der Fall ist. Was benötigt ist, ist nicht mehr Vernunft hier, sondern **mehr Vernunft auf der anderen Seite."**

Doch hierin mochte sich Schacht täuschen, seine Ansicht ist zu optimistisch. Es ist nicht die **Vernunft,** was auf der anderen Seite fehlt; diese Seite ist Frankreich, dem England Widerstand entgegenzusetzen sich fürchtet. Was fehlt, ist der **gute Wille.** Fehler des Urteils ließen sich durch Aufklärung verbessern. Gegen den bösen Willen ist man machtlos. Das ist es eben, was Frankreich will, Deutschlands Wohlstand gänzlich und für alle Zeiten zu zerstören. Die Worte des Präsidenten der Reichsbank werden es nur überzeugen, daß es auf dem rechten Wege ist, und es in der Verfolgung desselben bestärken. Zugleich wird Frankreich immer noch mehr auf „Entwaffnung" bestehen, um es Deutschland unmöglich zu machen, an die Abschüttelung der Sklavenketten auch nur zu denken.

Das dem deutschen Volke von Frankreich zugedachte Los ist dem ähnlich, welches einst die Philister dem Volke Israel bereitet hatten. Das war beim Regierungsantritt des Königs Saul. Darüber steht im ersten Buche der Könige: „Es war kein Schmied zu finden im ganzen Lande Israel; denn die Philister hatten dieses verhütet, daß nicht etwa die Hebräer sich Schwert oder Spieß machten. Darum ging ganz Israel hinab zu den Philistern, auf daß ein jeglicher sich schärfte seine Pflugschar und seine Haue und sein Beil und seinen Spaten . . . Und als der Tag des Streites kam, da war kein Schwert und keine Lanze zu finden in der Hand des ganzen Volkes" (13, 19—22).

*

Dem französischen Finanzminister Caillaux haben seine Landsleute im Laufe der Zeit viel Schlimmes vorgeworfen. Aber sie müssen ihm gewiß zwei gute Eigenschaften zugestehen: Aufrichtigkeit und Mut. Caillaux erklärte am 15. Juni in einer Ansprache zu Beaugais, daß Frankreich, wenn es Hilfe wolle, sich zuerst selbst helfen müsse. Das Land sei seit zehn Jahren über seine ökonomische Lage in Unkenntnis gehalten worden, jetzt aber sei die Zeit gekommen, wo es die nackte Wahrheit erfahren müsse. Jetzt sei für Frankreich die Stunde der Buße angebrochen, jeder Franzose, ob reich oder dem Mittelstande angehörend oder Arbeiter, müsse sich auf große finanzielle Opfer gefaßt machen. Nur so könne das sinkende Finanzschiff noch gerettet werden. Noch sei es nicht zu spät, aber es dürfe keine Minute verloren werden. — Diese Rede ergänzte er am 17. Juni durch eine andere in der Finanzkommission der Deputiertenkammer. Er verlangte drei Milliarden Francs an neuen Steuern und bestand darauf, daß das Budget noch in diesem Monate erledigt werde. Zugleich stellte er seinen Rücktritt in Aussicht, wenn die Kammer der Regierung in dieser Sache ihr Vertrauen versagen sollte. — Was werden jetzt Clemenceau und Poincare über ihren Ausspruch denken: "Le boche payera tout" — „Der Boche wird alles bezahlen"?

*

Nach der Rückkehr des französischen Premiers Painlevé von seiner Luftreise nach Marokko beschloß das Kabinett, alle Kräfte des Landes einzusetzen, um den Krieg mit den Rifkabylen so schnell als möglich zu beendigen. Es ist Frankreich scheinbar gelungen, Spanien für seine Sache zu gewinnen, die beiden Mächte haben sich geeinigt, gemeinsam die Küste Marokkos zu sperren, um dem Feinde die Zufuhr von Waffen abzuschneiden. Ob sie sich zu Lande gemeinsam gegen Abd el Krim vorgehen und ihn so nötigen wollen, nach zwei Fronten hin zu kämpfen, ist noch nicht ersichtlich. Wenn Spanien sich soweit einließe, so könnte das wohl nur in der Hoffnung geschehen, verlorenes Gebiet zurückzuerobern. Doch scheint es zweifelhaft, ob die Wiedererlangung dieses Gebietes für Spanien ein Segen wäre. Spanien hat in den Kämpfen mit den Rifkriegern viel Blut vergossen und sich zum Gespötte der ganzen Welt gemacht, mußte jedoch zuletzt den größten Teil seines Gebietes aufgeben. Sollten sie es in Verbindung mit den Franzosen wieder gewinnen, so würde sich später die Geschichte nur wiederholen, — wenn sie nicht etwa gar diese Eroberung für Frankreich machen würden.

*

In China ist seit letzter Woche die Lage noch viel bedenklicher geworden. Der Streik breitet sich immer mehr aus, die Aufregung gegen die Ausländer nimmt zu. Ein britischer Untertan wurde in Shanghai ermordet, ein anderer schwer verwundet. England benachrichtigte die Regierung in Peking, daß sie für das Leben und Eigentum britischer Untertanen strenge zur Rechenschaft würde gezogen werden. Die Gefahr eines allgemeinen Bürgerkrieges ist immer noch drohend. Im Falle eines solchen wollen die Engländer sich neutral verhalten. Japan, das Kriegsschiffe nach China beordert und Marinesoldaten gelandet hat, will nur in Verbindung mit anderen Mächten vorgehen. Die Studenten beschuldigen die Regierung in Peking der Feigheit und verlangen ein scharfes Vorgehen gegen die Ausländer, vor allem gegen Engländer und Japaner.

The Election in Saskatoon

(Fortsetzung von Seite 1.)

Völker" (Matth. 28, 19). — „Predigt das Evangelium jeder Kreatur" (Markus 16, 15).

Es ist hier nicht notwendig, nach zuforschen, wo heutzutage jene Inititution ist, welche Christus mit obigen Worten in den Aposteln anredete. Genüge es zu sagen, daß es sich hier um religiöse Lehrer und religiösen Unterricht handelt. Die Religion muß also in der Schule notwendigerweise eine wichtige Rolle spielen. Die katholische Kirche, die größte religiöse Anstalt, welche die Welt je gesehen hat, die größte, die heute besteht, hat daher stets das Recht und die Pflicht für sich beansprucht, in allen Schulen, die von den Kindern der Gläubigen besucht werden, nicht bloß die Religion Christi zu lehren, sondern auch darüber zu wachen, daß nicht etwa unter dem Vorwande von Wissenschaft glaubens- oder sittenwidrige Lehren sich einschleichen. Das ist für die Kirche ein von Gott gegebenes Recht, eine von Gott auferlegte Pflicht. Darum kann sie selbst dieses Rechtes sich nicht entäußern, noch kann irgendeine Macht der Erde ihr dasselbe ohne die größte Ungerechtigkeit vorenthalten.

In obigem Auftrage Christi liegt keineswegs die Verpflichtung für die Kirche, für die Gläubigen überall Schulen zu gründen; diese Pflicht liegt eben auf den Gläubigen selbst. Aber der Auftrag enthält ohne Zweifel das Recht der Kirche, selbst Hand an die Errichtung von Schulen zu legen, wo immer die Gläubigen aus was immer für einem Grund nicht imstande sind, das zu tun, und wo immer der Staat ihnen nicht behilflich sein konnte oder wollte, im katholischen Geiste zu leitende Schulen zu errichten. Dieses Recht hat die katholische Kirche von jeher beansprucht und ausgeübt, wie die Geschichte der christlichen Jahrhunderte beweist; sie übt es noch heute aus, wo die weltliche Macht sie nicht mit Gewalt daran hindert.

Wie soeben darauf hingedeutet wurde, spielt auch der Staat eine Rolle in der Schule, aber nur in zweiter Linie. Die Tatsache, daß der Staat diejenigen, welche die erste Rolle zu spielen berufen sind, ihres Rechtes beraubt hat, um alles Recht für sich allein in Anspruch zu nehmen, ändert das Recht nicht, es tut ihm nur Gewalt an.

Gewiß hat der Staat in seinem eigenen Interesse, zur Förderung des zeitlichen Wohlergehens seiner Bürger, das Recht und darum auch die Pflicht darauf zu sehen, daß die Kinder seiner Bürger ein mäßiges, allen erreichbares Maß von Kenntnissen sich erwerben können. Wo die Eltern aus irgendeinem Grunde nicht imstande sind, ihre natürliche Pflicht zu erfüllen, soll die Allgemeinheit, also der Staat, helfend eingreifen. Wo dem Kinde, aus was für einem Grunde auch immer, die Gelegenheit gänzlich mangelt, hat der Staat das Recht und die Pflicht, die Stelle der Eltern zu vertreten. Weiter aber erstreckt sich das Recht des Staates nicht.

Jedermann kann leicht begreifen, daß vielfach Verhältnisse eintreten mögen, unter denen der Staat nur dadurch seine Aufgabe erfüllen kann, daß er selbst an die Gründung von Schulen schreitet. Aber wo immer das geschieht, muß der Staat sich davor hüten, die Religion der Kinder in irgendeiner Weise zu beeinträchtigen. Er muß den Eltern oder denen, welche nach dem Willen der Eltern die Kinder in der Religion unterrichten, jegliche Erleichterung gewähren, dieser Pflicht nachzukommen. Der Staat selbst ist nicht befähigt und darum in keiner Weise berechtigt, dieses Amt zu versehen. Ebensowenig hat der Staat das Recht, die Schule einfach religionslos zu machen, all Zeit des Kindes für die Schule zu beanspruchen und so die religiöse Erziehung des Kindes praktisch unmöglich zu machen oder doch ernstlich zu verkümmern.

Das große Argument derer, welche ein absolutes Staatsmonopol in der Schule beanspruchen, besteht darin, daß es unrecht sei, nicht staatliche Anstalten mit öffentlichen Geldern zu unterstützen. Aber vorausgesetzt sogar, daß der Staat das Recht hätte, zum Unterhalte aller Schulen seine Bürger zu besteuern, — welches Recht er nach dem oben Gesagten nicht hat — so würde daraus nur folgen, daß er auch alle Schulen wirklich aus diesem Gelde seiner Bürger unterhalten müßte; es würde nicht folgen, daß das natürliche und göttliche Recht der Eltern auf den Staat überginge. Den Eltern verbliebe das Recht, für ihre Kinder solche Schulen zu verlangen, die ihrer eigenen Ueberzeugung, vor allem ihrer religiösen Ueberzeugung entsprechen.

Vereinigte Staaten

Boston, Mass. Am 17. Juni verließ eine Flottenexpedition den Hafen von Boston, um zur Erforschung des großen, noch unbekannten Gebietes, das zwischen Alaska und dem Nordpol liegt, auszufahren. Dieses Gebiet bedeckt mindestens eine Million Quadratmeilen. Außerdem soll die Erforschung sich auch auf Teile von Labrador und Grönland, sowie mehrere Inseln erstrecken, die zwar nicht mehr unbekannt, aber doch noch sehr wenig erforscht sind. Pflanzen- und Tierleben, Wetterverhältnisse und andere wissenschaftliche Fragen sollen Berücksichtigung finden. — Unter der Leitung des bemannten Polarforschers MacMillan, der bereits viele Besuche in den nordischen Gegenden gemacht hat, wird die gegenwärtige Expedition von der geographischen Nationalgesellschaft unternommen. Sie steuerte Geld und Personal bei. Auch beteiligt sich die Flotte der Ver. Staaten durch Mannschaften, Flugzeuge und anderes Material. Kapitänleutnant Byrd, dem zwei Offiziere und vier Mann der Flotte beigegeben sind, leitet die Marineabteilung. Drei Aeroplane, die in der Luft, auf dem Wasser und auf dem Eise verwendbar sind, stehen der Expedition zur Verfügung. Zwei Schiffe, die „Bowdein" und die „Peary", werden die Forscher soweit nördlich tragen, als das Meer schiffbar ist. Das erstere befördert MacMillan mit den Gelehrten und anderen Mitgliedern der Hauptexpedition. Die drei Flugzeuge mit der Marineabteilung befinden sich auf der Peary. Vorerst geht die Expedition nach Etah in Grönland, wo die Hauptstation errichtet wird. Dann sollen zwei Aeroplane nach der Axel Heiberg-Insel fliegen, um dort eine zweite Station zu errichten. Von da aus soll die Erforschung des unbekannten Gebietes beginnen, wo man Land vermutet. Für die Sicherheit der Expedition ist alles Mögliche getan. Bisher hat MacMillan bei all seinen Polarreisen noch keinen Mann verloren. Es wird bei dieser Expedition kein Versuch gemacht werden, den Nordpol zu erreichen. Ihr Hauptzweck ist die Lösung wissenschaftlicher Fragen.

Washington, D. C. Schon seit mehreren Tagen lag Robert M. La Follette, der Senator von Wisconsin und Führer der Progressiven, krank in der Bundeshauptstadt. Nach einer heftigen Erkältung drohte sich Lungenentzündung einzustellen; dazu gesellte sich das Asthma, welches den Kranken sehr schwächte. Doch ließen die hoffnungsvollen Bulletins der Aerzte bis zum letzten Tage keine eigentliche Furcht für sein Leben aufkommen. Aber am 18. Juni morgens trat schnell eine Aenderung zum Schlimmeren ein und bedenkliche Anzeichen von Herzschwäche machten sich bemerkbar. Noch am nämlichen Tage machte ein Herzschlag seinem tatenreichen Leben ein Ende. Frau La Follette, sowie seine beiden Söhne und seine Tochter waren am Sterbebette anwesend. Ein Sonderzug brachte die Leiche von Washington nach Madison, Wis., wo der Tote in der Familiengruft neben seinen Eltern beigesetzt wurde. Die ungeheure Teilnahme, welche das Volk auf dem ganzen Wege nach seiner letzten Ruhestätte nahm, vor allem aber in seinem Heimatstaate, beweist, welch hohe Achtung ihm von allen Volksklassen gezollt wird. Mit La Follette haben die Ver. Staaten einen ihrer größten Männer verloren. Er war ein ganzer Mann, der keine Furcht kannte und sich durch die Lockungen des Mammons nicht beugen ließ. Sein ganzes Leben war dem Wohle seiner Mitbürger gewidmet.

Castlegate, Utah. Hier wurde ein Neger, der einige Tage vorher einen Polizisten, der ihm den Revolver wegnahm, tödlich verwundet hatte, vom Pöbel gehängt. Richter Lynch ist also wieder einmal zu seinem Rechte gekommen. — Wenn man in den Ver. Staaten ein und dasselbe Moralgesetz auf Weiße und Schwarze in Anwendung brächte, so gäbe es nicht etwa bloß ein paar Dutzend, sondern viele Tausende von Lynchmorden. Die gewöhnlichen Verbrechen, wofür Neger gelyncht werden, sind Sittlichkeitsverbrechen und Mord. In den Ver. Staaten wurden im vergangenen Jahre über 10,000 Morde begangen. Solange kein Neger der Mörder ist, ergötzt sich das liebe Publikum an der Lesung der Einzelheiten, die darüber berichten, oder vertreibt sich die Zeit an den endlosen Gerichtsverhandlungen, bei denen die Advokaten dem Gesetze ein Schnippchen zu schlagen trachten. An Lynchen denkt da niemand. Und wenn erst jeder Weiße gelyncht würde für ein Vergehen gegen die Sittlichkeit, wofür der Neger gehängt oder verbrannt wird, wer könnte da die Zahl erraten? — Wenn die Anwendung des strengeren Sittengesetzes auf den Neger noch hundert Jahre fortgeht, so wird zuletzt die schwarze Rasse an Sittlichkeit die weiße weit übertreffen. Vielleicht hat sie jetzt schon einen Vorsprung vor derselben.

Chicago, Ill. Die 49 Möbelfabrikanten, welche, wie früher berichtet, wegen Uebertretung des nach Sherman benannten Anti-Trustgesetzes angeklagt wurden, bekannten sich alle schuldig und wurden zu einer Gesamtgeldstrafe von $166,000 verurteilt. Da sage noch einmal einer, daß es bloß für die Armen eine rächende Gerechtigkeit gebe! Wenn nur jetzt auch der Trust aufgebrochen wäre, sodaß das Publikum die Ware zu einem Preise bekäme, der einigermaßen dem wahren Werte derselben entspräche. — Die Summe von $166,000 sieht auf den ersten Blick sehr groß aus. Wenn man sie unter die 49 Schuldigen verteilt, wird sie sehr klein. Wenn man sie gar mit den riesenhaften Profiten vergleicht, welche sie aus ihren Käufern herausgepreßt haben, bevor sie vor das Gericht kamen, so ist sie geradezu verschwindend. Eine Aenderung wird dieses Urteil nicht herbeiführen. Die Monopolisten werden jetzt vorsichtiger sein, um dem Gesetze nicht so bald wieder in die Hände zu fallen. Sollten sie aber trotzdem wieder einmal erwischt werden, so haben sie sich bis dahin wieder bestens vorgesorgt, daß die Zahlung einer Geldsumme ihnen nicht zu wehe tut.

Vom Ausland.

Pietersburg, Südafrika. — Schon seit einiger Zeit weilt der englische Kronprinz in der südafrikanischen Dominion. Die Reise eines Prinzen hat für manche Leute großes Interesse, sie lesen jede Zeile, die darüber berichtet wird, und bewundern alles, was er getan und gesagt hat und was er nicht getan oder gesagt hat, obwohl er es hätte tun oder sagen können. Andere Leute hinwiederum nehmen gar kein Interesse an solchen Reisen, es verlauft ihnen alles, das drum und dranhängt, zu programmäßig. — Von Pietersburg wurde die wichtige Nachricht ausgesandt, daß der Prinz von Wales auch eine Rede hielt, wobei viele Eingeborne seinen Worten lauschten. Dabei aber war das Geschnatter der Zulumeiber so laut, daß es die Rede des Prinzen übertönte. — Abgesehen von der Wichtigkeit der Rede selbst, die sich jedenfalls nicht bestreiten läßt, wäre es nun höchst interessant, zu wissen, warum dieser besondere Umstand Tausende von Meilen über den Ozean gekabelt wurde. Wollte der Kabeljunge etwa zeigen, welch ein großer Unterschied zwischen den Frauen der Zivilisation und denen tief unten im schwarzen Afrika herrsche? Oder aber — doch das ist kaum denkbar — wollte er vielleicht sagen, daß im Grunde genommen die Menschen überall gleich sind?

Oslo, Norwegen. Die Welt hatte fast die Hoffnung aufgegeben, je mehr etwas von dem kühnen Polarforscher Amundsen zu hören, bis einmal ein anderer und glücklicherer Forscher seine erbleichten Gebeine im Eise entdecken würde. Mehrere Expeditionen machten sich trotzdem bereit, nordwärts vorzudringen und nach ihm zu suchen, vielleicht ihm noch Hilfe zu bringen. Da auf einmal geschah das Unverhoffte: von Kings Bay auf Spitzbergen kam am 19. Juni, fast einen Monat seit seiner Abreise, die Nachricht, daß Amundsen mit seinen fünf Gefährten heil dort eingetroffen sei. Darob herrscht überall großer Jubel. — Den Nordpol hat Amundsen diesmal nicht erreicht, er war noch 100 Meilen davon entfernt, als er das Unternehmen aufgeben mußte. Eines von den beiden Flugzeugen, womit die Nordpolreise angetreten wurde, verunglückte und sitzt im Eise fest. Sie mußten dasselbe aufgeben und mit dem anderen die Rückreise antreten, da der Vorrat an Gasolin auszugehen drohte. Mit nur wenigen Gallonen erreichten sie die nördliche Spitze von Spitzbergen. Da trafen sie eine Fischerbarke, welche sie nach Kings Bay, dem Ausgangspunkte ihres nördlichen Fluges, zurückbrachte. In Oslo erwartet Amundsen und sein Gefolge ein großartiger Empfang. Der Forscher ist keineswegs entmutigt, er wird später den Versuch erneuern. Die bei diesem Fluge gesammelte Erfahrung wird es ihm hoffentlich ermöglichen, beim nächsten Versuche sein Ziel zu erreichen. Die Gelehrten erhoffen auch von der eben beendeten Expedition große Gewinne für die Wissenschaft.

London, England. Seit Kriegsende hat England ein Problem, das vor dem Kriege nur in geringerem Maßstabe und dann immer nur für kürzere Zeit dort heimisch war. Die Ausschaltung Deutschlands, einst des mächtigsten Konkurrenten im Welthandel, brachte nicht die erträumte Prosperität, sie brachte im Gegenteil allgemeine Flauheit in allen Zweigen der Industrie und des Handels, sodaß dieses Problem von Jahr zu Jahr schlimmer wird: das Problem heißt Arbeitslosigkeit. Nach einer offiziellen Bekanntmachung nahm während der am 6. Juni zu Ende gegangenen Woche die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien um 66,778 zu, der größte Zuwachs seit langer Zeit. Die ganze Zahl der beschäftigungslosen Arbeiter ist jetzt auf 1,247,300 gestiegen, 244,285 mehr als vor einem Jahre. — Solange nicht wahrer Friede in Europa wiederkehrt, werden diese unglückseligen Verhältnisse sich weder in England noch anderswo bessern. Solange die ehemaligen Alliierten ihr Hauptaugenmerk darauf richten, Deutschland noch weiter auszuplündern und es um keinen Preis mehr hochkommen zu lassen, kann es aber keinen wahren Frieden geben. Deutschland ist nun einmal das Herz Europas, und kein Körper kann gesunden, solange das Herz zu Tode krank ist.